

# „Berliner Erklärung“ verabschiedet

Parteiführer der Internationalen Demokratischen Union tagten im Berliner Reichstag

Auf Einladung des CDU-Bundesvorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, hat die Internationale Demokratische Union (IDU) vom 24. bis 26. September 1987 im Berliner Reichstagsgebäude ihre 3. Parteiführerkonferenz durchgeführt. Zu der Konferenz kamen 27 Delegationen christlich demokratischer und konservativer Parteien aus Europa, Nord- und Mittelamerika, Australien und Asien zusammen. Neben Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl waren die britische Premierministerin Margaret Thatcher, der französische Regierungschef Jacques Chirac sowie die Ministerpräsidenten Özal (Türkei), Fenech Adami (Malta) und Seaga (Jamaica) die herausragenden Persönlichkeiten der IDU-Parteiführerkonferenz in Berlin.

Die Internationale Demokratische Union, welche im Juni 1983 in London als Arbeitsgemeinschaft der führenden christlich demokratischen und konservativen Parteien der Mitte gegründet wurde, bekennt sich zu einer freien, offenen und demokratischen Gesellschaft, zur Sozialen Marktwirtschaft, zum Rechtsstaat, zu politischer Meinungsfreiheit und dem freien, verantworteten Handeln des Einzelnen. Diese Prinzipien bestimmen auch die politische Arbeit der IDU. Schwerpunkte sind die Unterstützung von Demokratie und Menschenrechten, insbesondere in Lateinamerika und im pazifischen Raum, die Verbesserung der Ost-West-Beziehungen, die Unterstützung einer freien Weltwirtschaft und der Abbau von Handelsbarrieren, die



Zusammenarbeit in der Umweltschutzpolitik sowie die Eindämmung des internationalen Terrorismus.

Die IDU-Konferenz von Berlin — auch als Beitrag zur 750-Jahrfeier der Stadt gedacht — setzte in den politischen Ergebnissen, in ihrer guten Atmosphäre und ihren Möglichkeiten des intensiven Gesprächs über Staatsgrenzen hinweg Maßstäbe für die weitere Zusammenarbeit der christlich demokratischen und konservativen Parteien der Mitte.

Die Ergebnisse der Parteiführerkonferenz der IDU von Berlin sind in der Berliner Erklärung zusammengefaßt. Die Berliner Erklärung ist nachfolgend im vollen Wortlaut abgedruckt.

## Berliner Erklärung

Die Parteiführer der 27 Mitgliedsparteien der Internationalen Demokratischen Union (IDU) aus 25 Ländern, unter denen sich auch 8 Staatsefs befinden und welche mehr als 165 Mio. Wähler repräsentieren, haben an der 3. Parteiführerkonferenz der IDU im Berliner Reichstagsgebäude vom 24. - 26. September 1987 teilgenommen. Gastgeber der Konferenz war die CDU Deutschlands, eine der Gründungsparteien der IDU. An der Konferenz nahmen gleichfalls Beobachter und Gäste politisch befreundeter Parteien teil.

Die folgenden Parteien sind als neue Mitglieder in die IDU aufgenommen worden: Freiheitliche Partei, Dominika; Neue Nationale Partei, Grenada; Nationale Partei, Honduras; Peoples Action Movement, St. Kitts and Nevis; New Democratic Party, St. Vincent and the Grenadines; Mutterlandspartei, Türkei. Die Konservative Partei Nicaraguas hat den Status eines assoziierten Mitgliedes erhalten. Die Karibische Demokratische Union ist als dritte regionale Organisation der IDU anerkannt worden.

Für die Wahlperiode 1987 — 1989 haben Vorstandswahlen stattgefunden. Die folgenden Vorstandsmitglieder sind gewählt worden: Vorsitzender: Kaare Willoch (Norwegen) stv. Vorsitzender: Frank Fahrenkopf (USA)

weitere Stellvertreter: Jacques Chirac (Frankreich)  
Konstantin Mitsotakis (Griechenland)

Misael Pastrana (Kolumbien)

Edward Seaga (Jamaica)



Dr. Franz Josef Strauß (Bundesrepublik Deutschland)  
 Norman Tebbit (Großbritannien)  
 Schatzmeister: William Middendorf (USA)  
 Geoffrey Rippon (Großbritannien) Vorsitzender des Außenpol.  
 Ausschusses: Volker Rühe (Bundesrepublik Deutschland)  
 Exekutivsekretär: Scott Hamilton (Großbritannien)

Die Parteiführer haben ein weites Spektrum von Themen erörtert, die der Unterstützung und Entwicklung der Demokratie, der Außenpolitik und wirtschaftspolitischer Fragen gewidmet sind. Die aktuellen Entwicklungen im Ost-West-Verhältnis haben dabei einen herausragenden Stellenwert eingenommen.



**Bei ihrem Treffen in Berlin, dem internationalen Symbol der Trennung, welches durch den Ostblock geschaffen worden ist, wenden sich die Parteiführer entschieden gegen jegliche totalitäre Ideologie. Sie sind der gemeinsamen Überzeugung, daß in der politischen Auseinandersetzung mit Kommunismus und Sozialismus die Ideale der Freiheit und des freien Unternehmertums, der sozialen Gerechtigkeit und der Demokratie obsiegen werden.**

Sie wiederholen ihre Grundüberzeugung, daß die Soziale Marktwirtschaft, welche die Freiheit der Wirtschaft besonders fördert, mit politischer Freiheit und Demokratie verbunden ist; und daß jene Individuen und Gesellschaften, welche versuchen, die ökonomische Freiheit zu verringern oder zu leugnen, dadurch die gesetzlich garantierten Grundrechte des Einzelnen bedrohen. Die Aufhebung von Armut und Enteignung und die Fähigkeit der Länder, einen angemessenen Lebensstandard für ihre Bevölkerung zur Verfügung zu stellen und damit internationale humanitäre Pflichten zu übernehmen, wie Flüchtlingsunterstützung und Rückkehrhilfe für Flüchtlinge, ist mit der Freiheit der Wirtschaft unauflöslich verbunden.

Die Parteiführer sind daher fest entschlossen, die Arbeit der IDU mit ganzer Kraft zu unterstützen, einerseits um die Einheit und das Verständnis zwischen den Mitgliedsparteien untereinander zu fördern und andererseits, um allen politisch befreundeten Gruppierungen in der Welt zu helfen.

In der Nachbetrachtung der politischen Entwicklung seit der letzten Konferenz im Jahre 1985 begrüßen die Parteiführer die wachsende Unterstützung für ihre Politik durch die Wähler in den einzelnen Ländern und die Erfolge ihrer Parteien auf nationaler Ebene.



## Ost-West-Beziehungen

**Die Parteiführer begrüßen das neue Klima in den Ost-West-Beziehungen, das substantielle Vorschläge für Rüstungskontrolle und Abrüstung ins Gespräch gebracht hat. Sie erwarten wirkliche Fortschritte durch weitere Ost-West-Begegnungen und insbesondere durch das bevorstehende Gipfeltreffen von Reagan und Gorbatschow, durch das eine Chance für ein konstruktiveres Ost-West-Verhältnis in der Zukunft gegeben ist.**

Sie nehmen mit Genugtuung zur Kenntnis, daß der neue Weg der Sowjetunion durch die feste Haltung der westlichen Nationen und ihr Eintreten für Frieden durch angemessene Stärke erreicht wurde; und daß die volle Unterstützung für die frühere Entscheidung zur Stationierung von Marschflugkörpern und Pershing-II-Raketen in Westeuropa ohne Einschränkung gerechtfertigt war. Nur aus dieser Position der Gemeinsamkeit war der Westen erfolgreich, die Sowjetunion umzustimmen und die ursprünglichen Vorschläge anzunehmen. Nur durch fortgesetzte Bemühungen um den Frieden durch Stärke und Einheit können nach der Überzeugung der Parteiführer weitere Fortschritte erreicht werden.

Nichtsdestoweniger, unter Berücksichtigung der sowjetischen Bereitschaft, einige wichtige Elemente der nuklearen Abrüstung eher zu akzeptieren als konventionelle Abrüstung, glauben die Parteiführer, daß es ein tragischer Fehler wäre, das Bild von einem weniger schrecklichen Krieg zu verbreiten im Glauben, daß dieser nicht nuklear, sondern konventionell ausgetragen würde. Jeder Krieg, der in der Erwartung einer möglichen Begrenzung auf konventionelle Waffen begonnen würde, und der deswegen als weniger gefährlich angesehen würde, enthielte ein unerträgliches Risiko der Eskalation in einen nuklearen Krieg. Die Parteiführer sind der festen Überzeugung, daß es die eigentliche Leistung der Abschreckung in einer Strategie der flexiblen Antwort ist, sowohl konventionelle als auch nukleare Auseinandersetzungen zu vermeiden.

Ein ausführlicher Bericht über die grundlegenden Auffassungen der IDU zum Ost-West-Verhältnis war wichtiger Bestandteil der Beratung unter den Parteiführern und ist von ihnen angenommen worden. Der Bericht, der durch Herrn Carl Bildt, MP (Vorsitzender der Moderata Samlingspartiet Schwedens) im Namen des Außenpolitischen Ausschusses der IDU vorgelegt wurde, unterstreicht die



Notwendigkeit einer historischen Perspektive für die westlichen Länder und die Einbettung der politischen Ziele in einen größeren Zeitraum. Der Bericht fordert eine solche Strategie, die den Ereignissen Rechnung trägt, aber nicht durch jeden Umstand verändert werden muß.

Die Parteiführer sind davon überzeugt, daß sie sich für Vereinbarungen einsetzen müssen, welche die Abschreckung stärken, die Risiken von Krieg und Aggression mindern und zu einer entscheidenden Reduzierung der militärischen Potentiale führen. Um diese Ziele zu erreichen, müssen die Vereinbarungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung zu jeder Zeit gleichgewichtig, ausgewogen und verifizierbar sein.

Die Parteiführer begrüßen deshalb die Fortschritte im Hinblick auf den Abschluß der Vereinbarungen zur Reduzierung des Risikos eines nuklearen Krieges und zur wirklichen Verminderung der nuklearen Streitkräfte.

Der Abschluß einer Vereinbarung zur Beseitigung aller sowjetischen und amerikanischen landgestützten nuklearen Mittelstreckenraketen kürzerer und längerer Reichweite ist ein Höhepunkt in den Anstrengungen des Westens während der letzten zehn Jahre. Die Beseitigung der Bedrohung durch die sowjetischen SS20-Raketen war der eigentliche Grund für den Doppelbeschluß der NATO von 1979.

Die Parteiführer, welche von Anfang an die „Null-Lösung“ unterstützt haben, und gleichfalls alle jene Maßnahmen, die erforderlich waren, sie zu erreichen, äußern prinzipiell ihre volle Zufriedenheit über die Vereinbarungen, so wie sie im Schultz-Schevardnadze-Kommunique vom 17. September 1987 niedergelegt sind.

Dabei unterstreichen die Parteiführer besonders die Notwendigkeit, die strategischen ballistischen Raketensysteme zu reduzieren, welche das größte Destabilisierungspotential besitzen.

Sie unterstützen die Fortsetzung der Gespräche über strategische Waffen und Weltraumwaffen und fordern eine Vereinbarung, durch die die strategischen Nuklearwaffen der USA und der Sowjetunion um 50 % reduziert werden.

Die Parteiführer fordern verifizierbare und umfassende Vereinbarungen zur Schaffung eines stabilen Verhältnisses zwischen den konventionellen Streitkräften der NATO und des Warschauer Paktes in ganz Europa durch die Beseitigung bestehender



Ungleichgewichte zugunsten der Sowjetunion. Diese Vereinbarungen dürfen nicht den von den konventionellen Streitkräften ausgehenden Druck in andere Richtungen oder Gebiete der Welt verstärken.

Die Parteiführer fordern einen schnellen Abschluß einer Vereinbarung, welche die weltweite Produktion und Lagerung von chemischen und biologischen Waffen verbietet.

Im Zusammenhang mit der Beseitigung der Ungleichgewichte bei den konventionellen und chemischen Waffen nehmen die Parteiführer aus den NATO-Mitgliedsländern Bezug auf das NATO-Kommunique von Reykjavik.

Sie fordern außerdem militärisch bedeutsame und politisch bindende Vereinbarungen über weitergehende vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in Europa auf der Grundlage der Vereinbarungen von Stockholm zur Schaffung größerer Transparenz im militärischen Bereich.

Die Parteiführer fordern die fortgesetzte Unterstützung des ABM-Vertrages. Dabei nehmen die Parteien zur Kenntnis, daß der Vertrag die Erforschung und Entwicklung neuer Technologien, welche in zukünftigen Defensivsystemen Anwendung finden könnten, nicht verhindert.

Sie begrüßen den Beginn der Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten über die Möglichkeiten einer weiteren Begrenzung von Nukleartests. Verlässliche Methoden zur Verifizierung sind der Schlüssel für weitere Fortschritte in diesem Sektor.

Die Transparenz in allen militärischen Bereichen sollte durch Vereinbarungen über die Veröffentlichungen verlässlicher und richtiger Informationen über Militärausgaben und militärische Produktion gefördert werden. Die Parteiführer fordern die Sowjetunion auf, die Entscheidungen der Vereinten Nationen in diesem Bereich mitzutragen.

In Anerkennung des Beitrags neutraler Staaten für Sicherheit und Frieden in Europa und der ganzen Welt stellen die Parteiführer fest, daß diese Staaten durch die gegenwärtigen Verhandlungen über Rüstungskontrolle betroffen sind. Sie bekräftigen ihr Interesse an der



Reduzierung der Rüstungen auf dem kleinsten möglichen Niveau und an der Schaffung eines stabilen Kräfteverhältnisses.

Die Parteiführer begrüßen mit Vorsicht die gegenwärtige Richtung der inneren Entwicklung der Sowjetunion und erwarten weitere Anzeichen für eine Lockerung im Bereich der Informationskontrolle. Die Freilassung einiger der vielen politischen Gefangenen in der Sowjetunion ist ein hoffnungsvolles Zeichen; dennoch wird die Situation unbefriedigend bleiben, solange nicht alle politischen Gefangenen freigelassen und Maßnahmen ergriffen werden, welche sicherstellen, daß die elementaren Menschenrechte in der Sowjetunion und insbesondere in den sowjetischen Gefängnissen und psychiatrischen Anstalten beachtet werden. Die Parteiführer hoffen, daß die jüngsten Entwicklungen eine sowjetische Bereitschaft zur vollen Respektierung der Schlußakte von Helsinki anzeigen. Die volle Anwendung bedeutet einen wirklichen Testfall für die sowjetischen Absichten und liefert eine Grundlage für Verhandlungen, die sich auf die wirklichen Verhältnisse und auf Vertrauen stützen.

Die Parteiführer glauben auch weiterhin an den wirklichen Wunsch der Sowjetunion, sich aus direkten oder indirekten militärischen Engagements in ehemals neutralen oder nicht militarisierten Regionen der Erde zurückzuziehen. Insbesondere verurteilen die Parteiführer die fortgesetzte Besetzung Afghanistans durch die Sowjetunion und fordern einen schnellen Rückzug der sowjetischen Streitkräfte. Dies wäre ein Test für die Glaubwürdigkeit sowjetischer Absichten.

Bei ihrem Treffen in der geteilten Stadt Berlin stellen die Parteiführer fest, daß die gegenwärtige Teilung Europas und — im Kern — die Teilung Deutschlands die Schlüsselfrage bleibt. Langfristig können Frieden und Freiheit nur in einer europäischen Ordnung garantiert werden, welche auf dem Prinzip der Einheit und dem Recht auf Selbstbestimmung aufbaut. Die Politik der Bundesrepublik Deutschland zur Wiedergewinnung der deutschen Einheit bei Beachtung dieser Grundsätze wird von den Parteiführern unterstützt. Besonders im Lichte der 750-Jahrfeier der Gründung Berlins ist diese Stadt eine Herausforderung für die Überwindung der Teilung. Die Berliner Mauer, die im Jahr 1961 errichtet wurde, sollte beseitigt werden. Die Parteiführer stimmen überein, daß bei allen Bemühungen zur Förderung des Verständnisses und der Zusammenarbeit zwischen Ost und West Berlin einbezogen werden muß.



## Internationaler Terrorismus

Die Parteiführer zeigen sich nach wie vor sehr besorgt über die Bedrohung der Demokratien durch den internationalen Terrorismus. Auf der Grundlage eines von der CSU Deutschlands unter Mitwirkung der Nea Demokratia Griechenlands, zu diesem Thema vorgeschlagenen Berichtes, haben sie insbesondere die nachfolgenden Vorschläge angenommen:

- das Problem des internationalen Terrorismus sollte beim nächsten Reagan-Gorbatschow-Gipfel zusammen (aber nicht in Verbindung) mit der Rüstungskontrolle, erörtert werden;
- Es sollten keine Waffenexporte in Länder, die den Terrorismus fördern oder unterstützen, stattfinden;
- Maßnahmen gegen jene Staaten, welche den Terrorismus unterstützen, sollten sowohl auf bilateraler als auch auf multilateraler Ebene koordiniert werden;
- die Einreise sollte allen Personen, einschließlich Diplomaten, verweigert werden, die unter dem Verdacht oder nach Überführung der Beteiligung am internationalen Terrorismus durch eine westliche Nation ausgewiesen wurden, oder denen die Einreise verwehrt wurde;
- die Verbesserung der Gesetzgebung zur Kontrolle des Terrorismus als entscheidende Voraussetzung für eine Verbesserung der Ausweisungsverfahren; und
- die Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden und den Nachrichtendiensten.

Außerdem sollte keine Regierung Terroristen unter erpresserischem Druck nachgeben oder Abmachungen mit ihnen treffen. Die Parteiführer unterstützen eine weitere Prüfung der Möglichkeiten einer verstärkten multilateralen Zusammenarbeit und der Harmonisierung der gesetzlichen Grundlagen.

Illegaler Drogenhandel und Terrorismus stehen oft in engem Zusammenhang; diese Situation erfordert wirksamere internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen den Drogenhandel, besonders im Rahmen der Wiener Konferenz über Drogenmißbrauch.



## Die Wirtschaft

Im Rückblick auf den nunmehr gefestigten wirtschaftlichen Aufschwung in den Industriestaaten, von denen die wichtigsten durch IDU-Mitgliedsparteien regiert werden, bleiben die Parteiführer bei der festen Überzeugung, daß der Prozeß der Inflationssenkung und des Abbaus von Budgetdefiziten durch eine kluge Währungs- und Fiskalpolitik fortgesetzt und verstärkt werden muß.

**Die Parteiführer betonen, daß die Soziale Marktwirtschaft der beste Weg zur Sicherung der Freiheit und zur Förderung des individuellen Wohlstands ist und daher von der Internationalen Demokratischen Union unterstützt wird. Charakterisiert durch freies Unternehmertum, freien Handel, freie Preisfindung, breit gestreutes Privateigentum und einen begrenzten öffentlichen Sektor, besteht die Stärke der sozialen Marktwirtschaft in der Fähigkeit, die verschiedenen Wünsche und Bedürfnisse des Einzelnen zu befriedigen. Ihre Maxime ist der Wettbewerb.**

Gleichzeitig berücksichtigen die Parteiführer, daß viele Länder der Dritten Welt (von denen einige in der IDU vertreten sind) sich sehr bemühen, ihre Volkswirtschaften zu entwickeln und derzeit einen schwierigen Prozeß struktureller Anpassung mit dem Ziel der Übernahme der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft erleben. Die Parteiführer sind sich bewußt, daß diese Anpassung nicht durch in der Vergangenheit akkumulierte Außenschulden behindert werden sollten, welche den sich entwickelnden Demokratien eine große Belastung, die im besonderen schwere wirtschaftliche, soziale und politische Folgen haben, auferlegen. Die Parteiführer betrachten dies als ein vordringliches Gegenwartsproblem.

Ein von der LDP Japans vorgelegter Bericht zum Thema „Votum für die Privatisierung“ ist vom Exekutivkomitee angenommen worden und wird von den Parteiführern begrüßt. Die Parteiführer sind der Ansicht, daß das Eingreifen des Staates im Markt dort besonders störend ist, wo er Güter und Dienstleistungen anbietet, die vom privaten Sektor wirksamer und besser angeboten werden könnten. Die Parteiführer anerkennen, daß die Privatisierung das wirksamste Mittel ist, um die Verteilung des Eigentums auf alle Gesellschaftsschichten zu ermöglichen, und daß ein Eingreifen des Staates in den privaten Sektor auf jene Fälle beschränkt bleiben sollte, in denen eine Vorreiter- oder führende Rolle des Staates unbedingt erforderlich ist. Als Endziel der Privatisierung und Deregulierung betrachten die



Parteiführer einen weltweiten Markt offenen Wettbewerbs, in dem Fähigkeit, Qualität und Kosten die entscheidenden Faktoren sind. Auf dem Weg zu diesem Ziel sollten die besonderen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen jedes Landes Berücksichtigung finden.

Die Parteiführer betonen weiter, daß fairer und offener Handel für den Wohlstand auf der ganzen Welt lebenswichtig ist. Im Bewußtsein, daß das Wachstum des Welthandels die Praxis oder die Bedrohung durch ungleiche Handelsbedingungen nicht verringert hat, fordern die Parteiführer einen frühzeitigen und entscheidenden Abbau von Handelsschranken und ein Ende jeglicher Form von Protektionismus.

In einer Welt, in der Entbehrung und Hungersnot eine ständige Bedrohung für Hunderte von Millionen Menschen bedeuten, sollte eine ausreichende Nahrungsmittelproduktion und -verteilung zum wesentlichen Kennzeichen der Politik der freien Welt werden. In dieser Frage sind die Parteiführer besorgt über die zerbrechliche wirtschaftliche und soziale Situation in den Sub-Sahara Ländern Afrikas, die besonders unter der Dürre leiden, und glauben, daß diese Länder besondere Aufmerksamkeit verdienen.

Ein Bericht des IDU-Vorsitzenden und früheren Ministerpräsidenten Norwegens, Kaare Willoch, zum Thema „Vollbeschäftigung“ ist vom Exekutivkomitee angenommen worden und wird von den Parteiführern begrüßt. Unter der Betonung der Tatsache, daß die Regierungen nur auf der Grundlage einer gesunden sozialen Marktwirtschaft wirksam zur Sicherung der Vollbeschäftigung beitragen können, und daß vorherrschende nationale Umstände verschiedene Antworten in verschiedenen Ländern verlangen, vertreten die Parteiführer das Ziel, daß jeder Arbeitsfähige die Möglichkeit erhalten sollte, von seiner eigenen Arbeit zu leben.

## Europa

Unter Berücksichtigung der Gestaltung des europäischen Binnenmarktes und der Entwicklung in Richtung eines Europäischen Wirtschaftsraumes, dem sowohl die Gemeinschaft als auch die EFTA-Länder angehören, nehmen die Parteiführer die Wünsche von Finnland, Island, Norwegen, Österreich, Schweden und der Schweiz zur Kenntnis, an der europäischen Zusammenarbeit stärker teilzunehmen. Dem gleichen Ziel dient Maltas erklärte Politik, die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft anzustreben.



Die Parteiführer sehen dies als wertvollen Beitrag zur weiteren Einigung Europas.

Die Parteiführer nahmen erfreut zur Kenntnis, daß die Nationale Partei Maltas in die Regierung zurückgekehrt ist. Sie haben die Hoffnung, daß die wiedergewonnene Führung durch die Nationale Partei den Frieden zwischen den verschiedenen Gruppen auf der Insel wiederherstellen wird, und sehen der engen Zusammenarbeit mit der neuen maltesischen Regierung mit Freude entgegen.

Die Parteiführer äußern ihre Sorge über den fehlenden Fortschritt im Hinblick auf eine längst überfällige Lösung des Zypern-Problems. Sie unterstützen die Bemühungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen um eine gerechte und dauerhafte Lösung. Sie beauftragen den Ständigen Ausschuß für Außenpolitik, die Lage zu analysieren und einen Bericht vorzulegen.

## Asien und der Pazifik

Die Parteiführer begrüßen den Sieg der Demokratie vom Februar 1986 auf den Philippinen und äußern erneut ihre volle Unterstützung und Solidarität für die Regierung von Präsidentin Aquino. Die Parteiführer haben den Bericht der Erkundungsmission des vergangenen Jahres auf die Philippinen beraten, in dem festgestellt wurde, daß der Weg zu einer stabilen Demokratie lang und schwierig ist. Die jüngsten Ereignisse haben gezeigt, daß es auf den Philippinen immer noch Elemente gibt — vor allem die kommunistische New Peoples Army und ehemalige Angehörige der Streitkräfte — die die Legitimität der Regierung Aquino nicht anerkennen. Die Parteiführer fordern alle demokratischen Regierungen auf, umfassende wirtschaftliche und politische Unterstützung für die Aquino-Regierung in den bevorstehenden, schwierigen Monaten zu leisten.

Die Parteiführer sind sehr besorgt über die fortgesetzte Aufrüstung von konventionellen und nuklearen Potentialen der Sowjetunion im pazifischen Raum. Die zunehmende Einmischung Libyens in der Region — wie in anderen Teilen der Welt — sollte nicht unterschätzt werden und fordert eine entschlossene Antwort.

In diesem Zusammenhang unterstreichen die Parteiführer die Bedeutung des ANZUS-Paktes für die Sicherheit des pazifischen Raumes und bedauern das fehlende Engagement hierfür durch die sozialistischen Regierungen in der Region.



Die Parteiführer bedauern die fortgesetzte Okkupation von Kampuchea durch Vietnam.

Die Parteiführer begrüßen aufkommende demokratische Tendenzen in Südkorea und würdigen besonders den erheblichen Fortschritt der Regierung und der Opposition im Hinblick auf eine Verfassungsreform. Die Übereinkunft über frühe und faire Wahlen ist ein wichtiger Schritt, dem weitere folgen sollten, die die Meinungs- und Pressefreiheit, ebenso wie andere Werte der Demokratie sichern. Die Parteiführer hoffen, daß die nächsten, wahrscheinlich im Dezember stattfindenden Parlamentswahlen frei und fair sein und zu einer dauerhaften Lösung der Probleme Südkoreas führen werden. Die Parteiführer hoffen auch auf einen Erfolg der 1988 in Seoul stattfindenden Olympischen Spiele.

Sie zeigen sich besorgt über die Ereignisse auf den Fidschi-Inseln, und hoffen auf eine baldige Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen, die der Bevölkerung der Fidschi-Inseln ihre Rechte sichern.

Im Lichte der jüngsten Entwicklungen in Sri Lanka nehmen die Parteiführer mit Interesse die Initiativen von Präsident Jawardene zur Wiedervereinigung der Insel zur Kenntnis und hoffen, daß eine friedvolle und demokratische Lösung für die Probleme der Insel gefunden werden kann.

Die Parteiführer sehen die bemerkenswerte wirtschaftliche Dynamik der pazifischen Region und die Abhängigkeit der großen Möglichkeiten von anhaltender politischer Stabilität. Auf der Grundlage eines Berichtes von Andrew Peacock (Stv. Vorsitzender der Liberalen Partei Australiens) begrüßen die Parteiführer die ermutigenden Anzeichen einer stärkeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit im pazifischen Raum, sowohl auf der Regierungs- als auch auf der privaten Ebene. Ein wichtiges Element hierfür ist die Entwicklung einer multilateralen Zusammenarbeit im Pazifischen Becken. Die Parteiführer glauben im besonderen, daß die Vorschläge zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der kleinen Inselstaaten im Süd-West-Pazifik geprüft werden sollten, was für die Stabilität und Sicherheit der Region von größter Bedeutung wäre.

## **Lateinamerika und der karibische Raum**

Die Parteiführer nehmen mit Genugtuung die weitere Ausdehnung der IDU-Mitgliedschaft in diesen Regionen zur Kenntnis. Sie begrüßen



die Freiheitspartei von Dominica, die Neue Nationale Partei von Grenada und die Nationale Partei von Honduras, die Peoples Action Movement von St. Kitts und Nevis, sowie die Neue Demokratische Partei von St. Vincent und den Grenadinen als neue Vollmitglieder, die Konservative Partei Nicaraguas als assoziiertes Mitglied und begrüßen des weiteren die Schaffung der Karibischen Demokratischen Union.

Die Parteiführer verurteilen einhellig die fortgesetzte Verletzung der Menschenrechte und Unterdrückung der demokratischen Opposition in Nicaragua. Sie beklagen die jüngsten Verhaftungen des Vorsitzenden der Ständigen Menschenrechtskommission Nicaraguas und des Organisationssekretärs des assoziierten Mitglieds der IDU, der Konservativen Partei Nicaraguas, nur drei Tage nach der Unterzeichnung der zweiten Esquipulas-Übereinkunft in Guatemala City. Sie fordern die nicaraguanische Regierung auf, die demokratischen Rechte der Opposition, insbesondere die Konservative Partei Nicaraguas als legale Partei anzuerkennen.

Ungeachtet ernsthafter Vorbehalte gegenüber den Absichten der nicaraguanischen Regierung und trotz einiger Bedenken angesichts unzureichender Bemühungen äußern die Parteiführer ihre Hoffnung auf einen Erfolg der Anstrengungen, die zur zweiten Übereinkunft von Esquipulas geführt haben. Die Parteiführer begrüßen die Konstituierung der verschiedenen nationalen Versöhnungs-, Nachfolge- und Kontrollkommissionen in Caracas, mit der Unterstützung der Zentralamerikanischen Staaten, der Contadora-Länder und der Contadora-Unterstützungsgruppe.

Die Parteiführer hoffen, daß die jüngsten Entscheidungen der nicaraguanischen Regierung, ihre Zensur der Medien zu verringern, nicht nur symbolischen Charakter haben, um das Einverständnis mit der Übereinkunft zu demonstrieren. Diese Schritte gehen zwar in die richtige Richtung, haben die unterdrückerische Natur der Sandinistischen Regierung jedoch nicht verändert.

Die Parteiführer glauben, daß ständiger internationaler Druck auf die Regierung der Sandinisten erforderlich ist, wenn die zweite Übereinkunft von Esquipulas dauerhafte, positive Auswirkungen auf den Demokratisierungsprozeß in Nicaragua haben soll. Sie sind der Überzeugung, daß ohne ständigen internationalen Druck die Sandinisten die zweite Übereinkunft von Esquipulas als Zeitfaktor für die Festigung eines perfekten marxistisch-leninistischen Staates in Nicaragua nutzen könnte, was eine außerordentliche direkte



Bedrohung für die Demokratien der Region darstellen würde. Die IDU wird deshalb diesen Prozeß weiterhin sehr genau verfolgen und Freiheit, Demokratie und Frieden in der Region unterstützen und der Beachtung der Menschenrechte besondere Aufmerksamkeit schenken.

Die Parteiführer haben auch einen vorläufigen Bericht von Dr. Misael Pastrana (ehemaliger Präsident von Kolumbien, Vorsitzender der Sozial-Konservativen Partei) über eine mittelfristige Strategie für ganz Lateinamerika zur Kenntnis genommen. Sie befürworten die ständige Demokratisierung der Länder Lateinamerikas, sehen jedoch auch das enorme Schuldenproblem und die daraus erwachsenden Folgen für die wirtschaftliche, soziale und politische Stabilität. Die Parteiführer stimmen überein, daß es im Interesse von Gläubigern und Schuldern liegt, zu einer Einigung zu kommen, die den beiderseitigen wirtschaftlichen Interessen Rechnung trägt, da eine langfristige Schuldentilgung nicht nur von einer funktionierenden Wirtschaft abhängt, sondern auch von der politischen Stabilität der beteiligten Länder.

Die Parteiführer verurteilen die fortgesetzte Unterdrückung der demokratischen Rechte und Freiheiten des chilenischen Volkes und die laufende Verletzung der Menschenrechte durch die chilenische Regierung und den bewaffneten kommunistischen Widerstand. Die Parteiführer rufen die demokratische Opposition zur Einigkeit auf und unterstützen ihre Forderung nach freien Wahlen, bei denen es mehrere Kandidaten gibt. Eine realistische, umfassende politische Übereinkunft innerhalb der demokratischen Opposition und ein ehrlicher Dialog mit den Streitkräften über den Übergangsprozeß bleibt der sicherste Weg zu einer friedlichen, sicheren und demokratischen Zukunft Chiles. Die Parteiführer erwarten, daß dieser Übergangsprozeß beschleunigt wird. Jede einseitige Handlung der Pinochet-Regierung, die diesen Prozeß verzögert oder beeinträchtigt, trifft auf den einmütigen Widerstand der IDU. Die Parteiführer haben den Ständigen Außenpolitischen Ausschuß der IDU mit der weiteren Prüfung des Berichts der IDU-Erkundungsmission, welche Chile im Juli besucht hat, beauftragt.

Die Parteiführer weisen die Handlungen der Regierung von Panama gegen die Bewegung der demokratischen Opposition und des panamesischen Volkes „Cruzada“ scharf zurück. Die Forderungen der „Cruzada“ nach der Durchführung institutioneller und verfahrensorientierter Reformen zur Sicherung freier und nicht



manipulierter Wahlen und einer gerichtlichen Prüfung der Anschuldigungen gegen General Noriega sind unverzichtbare Voraussetzungen für die notwendige demokratische Reform des Regierungssystems von Panama.

Die Parteiführer begrüßen den Sturz des Duvalier-Regimes in Haiti und die Maßnahmen des Landes zur Wiederherstellung der Demokratie, äußern jedoch gleichzeitig ihre Sorge über die gegenwärtige Situation. Dementsprechend begrüßt die IDU den Vorschlag von Premierminister Seaga, Vorsitzender der Karibischen Demokratischen Union, daß ein Ausschuß aus regionalen Parteiführern eingerichtet werden soll, der die Mittel und Wege für eine Unterstützung Haitis in dem Bestreben um ein stabiles, demokratisches System untersucht.

Die IDU nimmt die bevorstehenden Parlamentswahlen in Mexiko zur Kenntnis und fordert die mexikanische Regierung auf, ihrer Verpflichtung zur Sicherung freier Wahlen und zur Verhinderung von Wahlbetrug voll und ganz nachzukommen und die Ergebnisse dieser Wahlen genau einzuhalten, mit größerer Befolgung demokratischer Prinzipien als in den vergangenen Jahren.

## Mittlerer Osten

Die Parteiführer sind sehr besorgt über die Situation am Golf und beklagen die Versuche der Störung der ungehinderten Öltransporte durch den Golf. In Anerkennung des Rechts der Länder, ihre eigene Schifffahrt in diesem Gebiet zu schützen und die Seelinien offenzuhalten, unterstützen die Parteiführer die Resolution 598 des UN-Sicherheitsrates, welche einen Waffenstillstand zwischen Iran und Irak verlangt, und fordern beide Seiten zur Beilegung ihrer Meinungsverschiedenheiten auf dem Verhandlungswege auf. Im Falle mangelnden Fortschrittes in dieser Richtung fordern die Parteiführer ein Waffenembargo gegen den Iran, der die einstimmige Entscheidung des Sicherheitsrates der UN zurückgewiesen hat. Sie beauftragten die nächste Konferenz des Außenpolitischen Ausschusses der IDU, die Lage genauer zu analysieren.

Sie beklagen außerdem das weitere Festhalten von Geiseln und fordern jene Länder, die Einfluß auf die Geiselnnehmer haben könnten, auf, alles zu tun, um ihre baldige Freilassung zu erwirken. In diesem Zusammenhang stellen die Parteiführer fest, daß der Libanon immer



noch in seiner Souveränität, Integrität und Existenz durch konfligierende Gruppen und Interessen bedroht ist. Sie betrachten eine friedvolle Lösung dieser Konflikte, die von den Nachbarstaaten des Libanon respektiert wird, als Voraussetzung für politische Stabilität in der Region.

Sie unterstreichen nochmals die Bedeutung einer friedlichen Einigung zwischen Arabern und Israelis, durch die Israel zu mehr Sicherheit und die Palästinenser zu ihren legitimen Rechten gelangen.

## **Südafrika**

Die Parteiführer verurteilen einhellig die Politik der Apartheid, welche als die beklagenswerteste Form der rassistischen Diskriminierung und Verletzung von Menschenrechten angesehen wird. In Kenntnis der begrenzten Maßnahmen zur Beseitigung bestimmter Aspekte der Apartheid durch die südafrikanische Regierung während der vergangenen Jahre glauben die Parteiführer, daß neue, weitreichende Schritte zur Abschaffung der Apartheid getan werden müssen mit dem Ziel der Schaffung eines politischen Systems, in dem alle Südafrikaner voll vertreten sind. Sie unterstützen alle Bestrebungen in Richtung auf einen friedvollen, demokratischen Wandel. Sie stimmen überein, daß die IDU dieses Thema weiter behandelt, beginnend mit der Entsendung einer Erkundungsmission nach Südafrika Anfang 1988.

Die Parteiführer unterstützen einen beschleunigten Übergang zu Unabhängigkeit und Demokratie in Namibia.



### **Fußnote der Kansallinen Kokoomus, Finnland:**

In Übereinstimmung mit der finnischen Neutralitätspolitik unterstreicht die Kansallinen Kokoomus, daß sie nicht Stellung nimmt zu Themen dieser Erklärung, die sich auf die Militärdoktrinen der Bündnisse beziehen, und zu Fragen, die sich aus den gegensätzlichen Sicherheitsinteressen in Ost und West ergeben.

### **Fußnote der Mutterlandspartei, Türkei:**

Die Mutterlandspartei der Türkei äußert einen Vorbehalt gegenüber dem Abschnitt über den Mittleren Osten. Sie unterstützt den Abschnitt in dem Maße, wie er mit der erklärten Politik der Türkei übereinstimmt.